

Verleihung des Wilhelm-Liebknecht-Preises an Dr. Moritz Fischer für

„Die Republikaner. Die Geschichte einer rechtsextremen Partei 1983-1994“

am 2. November 2025

Laudatio Magnus Brechtken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Becher,

Sehr geehrte Vertreter der Stadt und des Kreises,

Sehr verehrte Familie Fischer und sehr verehrte Lehrer von Moritz Fischer,

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lieber Moritz,

Die Choreografie dieses Vormittags hat mir die Aufgabe zugewiesen, in maximal fünfzehn Minuten eine Laudatio auf ein Werk zu formulieren, das, wie Sie alle wissen, 600 Seiten umfasst und eine entsprechend ausführliche Würdigung verdient hätte.

Wer also in meiner begrenzten Lobeszeit eine Einschränkung sähe, mag sich mit einigen Argumenten trösten.

Zum einen ist das Buch ja schon einige Zeit auf dem Markt und hat die hochverdiente beifällige Resonanz in Fachwissenschaft und Öffentlichkeit bereits in mehrfacher Weise erfahren: Durch einschlägig positive Rezensionen und den Hans-Rosenberg-Gedächtnispreis einerseits, andererseits durch das für eine Dissertation bemerkenswerte Faktum, dass das Werk bereits über die erste Auflage hinausgewachsen ist.

Darüber hinaus ist das Buch seit einigen Tagen auch über die Bundeszentrale für politische Bildung erhältlich. Ein weiterer Ausweis seiner Relevanz, denn die Kriterien der Auswahl sind ebenso anspruchsvoll wie streng und Dissertationen im Rahmen des Programms höchst selten.

So fügt sich der Wilhelm-Liebnecht-Preis in gleichsam harmonischer Logik ein und bietet Anlass, wenige Monate vor dem 200. Geburtstag des Namensgebers auf einen mit Wilhelm Liebnecht eng verknüpften Aspekt der heutigen Preiswürdigkeit hinzuweisen: Ich meine den Beitrag von Moritz Fischers Arbeit zur wissenschaftsfundierten öffentlichen Aufklärung im Dienste demokratischer Praxis und zivilgesellschaftlicher Resilienz.

Als Wilhelm Liebnecht sich für die Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert und die Demokratie überhaupt engagierte, war dies ein staatlich lange mit Misstrauen, ja obrigkeitlicher Gegnerschaft verbundener Einsatz zur politischen Emanzipation des Individuums. Aus Untertanen sollten Staatsbürger werden und die Sozialdemokratie wirkte hier im deutschen ausgehenden 19. Jahrhundert als Vorbild.

Wir leben heute in einer Gesellschaft, die über lange Jahrzehnte meinte, solche Herausforderungen demokratischer Individualrechte und deren Anruf an uns als vergangene Geschichte ad acta legen zu können.

Die politische Stabilität der Bundesrepublik, gesichert durch die Solidarität der Verteidigungsbereitschaft in NATO, Westeuropäischer Union und Europäischen Gemeinschaften, erschien über die Jahrzehnte als selbstverständlich und allenfalls von außen gefährdet.

Die ideologische Konfrontation des Kalten Krieges betrachteten wir, „der Westen“, mit dem Selbstbewusstsein marktwirtschaftlicher Überlegenheit. Und so unrecht hatten wir ja nicht: Sowohl die Zahlen von Wirtschaft und Privatkonto bestätigten uns als auch die ideologische Attraktion realer Freiheitserfahrungen: Wohlstand und Sozialstaat, Konsumangebote und Reisefreiheit, individuelle Lebensgestaltung und Aufstiegsversprechen: In diesen und vielen weiteren Aspekten erwies sich unser demokratisch-parlamentarisches Modell den ideologischen Verheißungen des historischen Materialismus als weit überlegen. Die Abstimmung mit den Füßen war nur durch den Eisernen Vorhang, durch Stacheldraht und Schießbefehl zu bremsen. An diesen inneren Widersprüchen ging das doktrinaire System sozialistischer Welterlösung schließlich zugrunde.

Alles bestens also im Westen? Keineswegs. Denn auch in der offenen Gesellschaft der Bundesrepublik gab es über Jahrzehnte einen harten Kern nationalistischer und völkischer Erweckungssehnsucht.

Der Nationalsozialismus mochte durch Krieg und Völkermord weithin diskreditiert sein. Aber die Residuen des radikalen Nationalismus, die ihm mit zur Macht verholpen hatten, blieben in der deutschen Gesellschaft virulent.

In allen Jahrzehnten seit Gründung der Bundesrepublik lässt sich das Wählerpotenzial des rechten Nationalismus und des antidemokratischen Dogma-Konservatismus auf grob vielleicht fünfzehn Prozent taxieren. Der Linksaußendogmatismus, sofern er sich dem Wahlwettbewerb stellte, mochte vielleicht weitere fünf Prozent ausmachen. Diese zwanzig Prozent des autoritären antidemokratischen Denkens, Agierens und Wählens rechts- und linksaußen hatten oft mehr gemeinsam als es ein oberflächlicher Blick erscheinen ließ.

Wenn wir auf den rechten Rand und seine Wählerschaft blicken, so erkennen wir schon seit den 1950er Jahren Kontinuität und Wandel zugleich: Kontinuität aus den Residuen des völkischen Nationalismus im Sinne der regelmäßig antidemokratischen und antiparlamentarischen Geisteshaltung gegenüber der Bundesrepublik und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wandel dagegen im Wahlverhalten gegenüber den Parteien, die dieses Angebot zu bedienen suchten: die Sozialistische Reichspartei in den 1950er Jahren als klare Nachfolgeorganisation der NSDAP und entsprechend verboten, die NPD als Favorit dieser Klientel seit den 1960er Jahren, später auch die Deutsche Volksunion des nationalistischen Extremismus-Unternehmers Gerhard Frey.

Keine dieser Gruppierungen aber war derart verwoben mit dem regelmäßig als legitimiert auftretenden Rechtaußen-Dogma-Konservatismus und sich als patriotisch-verfassungstreu gebenden Nationalismus wie »Die Republikaner«.

Das lag zum einen an diesem durch Verschwommenheit attraktiv erscheinenden Mischfeld aus konservativ und national, christlich-sozial und abendländisch, völkisch und antimodern bis hin zu rechtsextrem und NS-apologetisch. Diese Strömungen waren über die Jahrzehnte vorhanden.

Aber es waren die Republikaner in den 1980er Jahren und es war insbesondere ihr Vorsitzender – oder sollen wir sagen ihre „Führer-Figur“? – Franz Schönhuber, durch den diese Partei ihre eigene synergetische Attraktion entwickelte.

Wir inzwischen etwas Älteren haben diese Erfahrungen vermutlich noch im kommunikativen Gedächtnis. Aber dieses Wissen ist flüchtig. Es ist zugleich oft Gegenstand unkritischer menschlicher Erinnerungskonstruktion mit all ihren Versuchungen rückblickender Harmonisierung und Überschreibung.

Mehr denn je aber benötigen wir heute fundiertes Wissen, „intersubjektive Überprüfbarkeit“, wie das wissenschaftstheoretisch einschlägig genannt wird. Dieses Wissen zu erarbeiten, zu strukturieren, zu sichern und zu präsentieren – das erfordert Einsatz und Leistung, ja eine gewisse Leidenschaft.

Es ist das große und bleibende Verdienst von Moritz Fischer, mit seiner Geschichte der Republikaner einen solchen zentralen Gegenstand bundesrepublikanischer Demokratie-Herausforderungsgeschichte in exemplarischer Weise analysiert, aufbereitet und in den weiteren Kontext der Nachkriegswelt eingeordnet zu haben.

Schon während der Forschungsarbeit war jedem, der sich für diese Aspekte der deutschen Geschichte interessierte, bewusst, dass hier eine Pionierstudie entsteht. Das Institut für Zeitgeschichte erschien allen Interessierten entsprechend als der passende Ort solcher Forschung.

Zu wissen und zu lernen über die Mechanismen, mit denen populistische Parteien agieren und ihre Zustimmung suchen, ist in den vergangenen Jahren noch einmal wichtiger, ja essentieller geworden.

Der geistige Urgrund nationalistischer, rechtsextremistischer und NS-apologetischer Geisteshaltungen jenseits des demokratischen Spektrums war, wie erwähnt, stets vorhanden. Aber die virulente, die populistische Ansprechbarkeit einer Wählerschaft, der die Scham über ihre aggressive Ignoranz abhanden kommt, die ist in der Intensität jüngerer Jahre doch einigermaßen neu, jedenfalls unmittelbar herausfordernd.

Das hat gewiss einiges zu tun mit dem Boom der sogenannten sozialen Medien, die eigentlich als technokratische Pest des asozialen Algorithmus zum Bedienen niederer Instinkte zu charakterisieren wären. Wenn verbale Radikalität und aggressive Vokalität

früher in der Welt der analogen Stammtische aufgewühlt und durch persönliche Beziehung, wenn nicht aufgehoben, so doch sozialverträglich kalmiert werden konnte, bietet sich nun ein globaler Belohnungsmarkt anonymer Verunglimpfung. Und dies regelmäßig ohne Konsequenz. Es ist kein Kulturpessimismus, diese Form des Anstandsverfalls als Gefährdung demokratischer Substanz zu beklagen.

Damit ist zugleich unsere Aufgabe als Wissenschaftler, hier als politisch analysierende Historiker benannt, nämlich: Dergleichen Radikalismus und seine Folgen zum Forschungsgegenstand zu machen und ihn in die historische Perspektive zu stellen, um unser demokratisches Heute sichern zu helfen.

Denn was von 1983 bis 1994 politischen Erfolg hatte, tradiert nicht nur die antidemokratischen Bewegungen von Weimar hin zum Nationalsozialismus, sondern verweist zugleich ins Heute auf die Erscheinungen des Rechtspopulismus sowohl in der AfD wie auch in den sozial-nationalistischen Ideologemen des BSW.

Womit wir in der Gegenwart wären: Wir bleiben aufgefordert aufzuklären und Stellung zu nehmen. Moritz Fischer, das sei erwähnt, unternimmt dies nicht allein durch sein gewichtiges Buch. Auch seine jüngste Rolle als Gutachter zur Dekodierung rechtsextremistischer Publikationen soll hier erwähnt sein. Solches Engagement exponiert und ist nicht so selbstverständlich wie man annehmen sollte.

Es wäre vermessen, an dieser Stelle den Einsatz für den Rechtsstaat der Gegenwart als ähnlich herausfordernd zu charakterisieren wie es der Einsatz für die Etablierung der parlamentarischen Demokratie gegen den autoritären Obrigkeitsstaat im 19. Jahrhundert für Wilhelm Liebknecht gewesen ist.

Aber der Vergleich macht doch deutlich, dass die Herausforderung für all diejenigen, die sich für Demokratie, Parlamentarismus und die regelbasierte Rechtsordnung einsetzen, dauerhaft ist und bleibt. Wünschen wir uns also ein Verständnis, das Menschen motiviert, sich für ihr Gemeinwesen einzusetzen über routinierte Rituale hinaus.

Wenn es eine Lehre aus der Geschichte gibt, dann diese: Demokratie lebt von denen, die sie tragen, die sich für sie einsetzen, die sie zu leben gewillt sind. Dazu bedarf es des historischen Wissens, der historischen Aufklärung, des grundlegenden

Verständnisses über ihre Gefährdung. Mit Deiner Studie hast Du, lieber Moritz, ein vorbildliches analytisches Beispiel geliefert, das durch Arbeitsleistung und intellektuellen Einsatz Motivation auch für andere sein mag.

So kann und so sollte Wissenschaft in die Zivilgesellschaft wirken. Und in diesem Sinne ist der Wilhelm-Liebkecht-Preis zugleich die angemessene Belohnung als auch ein symbolischer Ansporn dafür, in dieser Energie nicht nachzulassen.

Lieber Moritz, auch im Namen all derer, die sich aus wissenschaftlicher Perspektive für die Resilienz der Demokratie und des Parlamentarismus gleichermaßen einsetzen: Herzlichen Glückwunsch zu diesem wohlverdienten Preis und für die Zeit vor uns weitere politisch-rationale Wirkung und aufklärende Resonanz Deines Werkes.